

Mitteilungsblatt – Sondernummer der Paris Lodron-Universität Salzburg

24. Satzung der Paris Lodron-Universität Salzburg; Neufassung des I. Teiles

Der Senat hat am 3. November 2009 folgende Neufassung des I. Teiles (Studienrecht) der Satzung, verlautbart im Mitteilungsblatt Nr. 103 am 16.4.2008, beschlossen:

I. TEIL STUDIENRECHT

Studienrechtliches Organ

§ 1. Mit den Aufgaben einer Studienbehörde der Universität Salzburg gemäß § 19 Abs. 2 Z 2 UG 2002 wird die für die Lehre zuständige Vizerektorin bzw. der für die Lehre zuständige Vizerektor (VRL) betraut.

§ 2. (1) Der bzw. dem VRL obliegt die bescheidmäßige Erledigung aller studienrechtlichen Angelegenheiten nach Universitätsgesetz 2002, soweit das Gesetz oder die Satzung dafür keine anderen Zuständigkeiten festlegt.

(2) Die bzw. der VRL ist insbesondere zuständig für

- a) die Genehmigung von Anträgen auf Zulassung zu einem individuellen Studium (§ 55 Abs. 3 UG 2002);
- b) die Verleihung der entsprechenden akademischen Grade an Absolventinnen und Absolventen individueller Studien (§ 55 Abs. 4 UG 2002);
- c) die Genehmigung der Ablegung von Prüfungen für ein Studium an einer anderen Universität als der Universität der Zulassung (§ 63 Abs. 9 Z 2 UG 2002);
- d) die Nichtigerklärung der Beurteilung von Prüfungen im Fall der Erschleichung der Anmeldung zur Prüfung (§ 74 Abs. 1 UG 2002);
- e) die Ausstellung von Zeugnissen über Studienabschlüsse (§ 75 Abs. 3 UG 2002);
- f) die Heranziehung von fachlich geeigneten Prüferinnen und Prüfern für die Zulassungs- und Ergänzungsprüfungen, die Bestimmung der Prüfungsmethode und die Festlegung, ob die Prüfung als Einzelprüfung oder kommissionelle Prüfung (§ 76 Abs. 1 UG 2002) abzulegen ist;
- g) die Anerkennung von positiv beurteilten Prüfungen ordentlicher Studierender an anderen anerkannten in- oder ausländischen postsekundären Bildungseinrichtungen, einer berufsbildenden höheren Schule, einer Höheren Anstalt für Lehrer- und Erzieherbildung, in Studien an anerkannten inländischen Bildungseinrichtungen, deren Zugang die allgemeine Universitätsreife erfordert, oder in einem Lehrgang universitären Charakters, soweit sie den im Curriculum vorgeschriebenen Prüfungen gleichwertig sind (§ 78 Abs. 1 UG 2002);
- h) die Aufhebung von negativ beurteilten Prüfungen bei schwerem Mangel in der Durchführung (§ 79 Abs. 1 UG 2002);
- i) die Sicherstellung der den Studierenden nicht ausgehändigten Beurteilungsunterlagen für die Dauer von mindestens sechs Monaten ab Bekanntgabe der Beurteilung (§ 84 Abs. 1 UG 2002);
- j) die Anerkennung von Diplom- und Masterarbeiten sowie Dissertationen (§ 85 UG 2002);
- k) die Genehmigung des Antrags auf Ausschluss der Benutzung von an die Universitätsbibliothek gemäß § 86 Abs. 1 abgelieferten wissenschaftlichen Arbeiten für längstens fünf Jahre nach Ablieferung (§ 86 Abs. 2 UG 2002);

- l) die Verleihung akademischer Grade an die Absolventinnen und Absolventen der ordentlichen Studien (§ 87 Abs. 1 UG 2002);
- m) die Verleihung akademischer Grade an die Absolventinnen und Absolventen von Universitätslehrgängen (§ 87 Abs. 2 UG 2002);
- n) den Widerruf inländischer akademischer Grade (§ 89 UG 2002);
- o) die Anerkennung eines ausländischen Studienabschlusses als Abschluss eines inländischen ordentlichen Studiums (Nostrifizierung) (§ 90 Abs. 3 UG 2002);
- p) die Festlegung von allgemeinen Regeln über die Ablieferungspflicht von wissenschaftlichen Arbeiten.

(3) Im Falle der Verhinderung der bzw. des VRL in der Funktion als Studienbehörde ist die Vertretungsregelung der Geschäftsordnung des Rektorates (verlautbart im Mitteilungsblatt vom 22.05.2006, Nr. 109) heranzuziehen.

Begriffsbestimmungen

§ 3. Im Geltungsbereich der Satzung der Universität Salzburg gelten zusätzlich zu den in § 51 Abs. 2 UG 2002 definierten Begriffen insbesondere folgende Begriffsbestimmungen:

1. Diplomprüfungen sind die Prüfungen, die in den Studienabschnitten der Diplomstudien abzulegen sind. Mit der positiven Beurteilung aller Teile einer Diplomprüfung wird der betreffende Studienabschnitt abgeschlossen. Mit der positiven Beurteilung aller Diplomprüfungen wird das betreffende Diplomstudium abgeschlossen.
2. Bachelorprüfungen sind Prüfungen, die in den Bachelorstudien abzulegen sind. Mit der positiven Beurteilung aller Teile einer Bachelorprüfung wird das betreffende Bachelorstudium abgeschlossen.
3. Masterprüfungen sind die Prüfungen, die in den Masterstudien abzulegen sind. Mit der positiven Beurteilung aller Teile einer Masterprüfung wird das betreffende Masterstudium abgeschlossen.
4. Rigorosen sind die Prüfungen, die in den Doktoratsstudien abzulegen sind. Mit der positiven Beurteilung aller Teile eines Rigorosums wird das betreffende Doktoratsstudium abgeschlossen.
5. Abschlussprüfungen sind die Prüfungen, die in den Universitätslehrgängen abzulegen sind. Mit der positiven Beurteilung aller Teile einer Abschlussprüfung wird der betreffende Universitätslehrgang abgeschlossen.
6. Fächer sind thematische Einheiten, deren Inhalt und Methodik im Regelfall durch mehrere zusammenhängende Lehrveranstaltungen vermittelt wird.
7. Pflichtfächer sind die für ein Studium kennzeichnenden Fächer, deren Vermittlung unverzichtbar ist und über die Prüfungen abzulegen sind.
8. Wahlfächer sind die Fächer, aus denen die Studierenden nach den im Curriculum festgelegten Bedingungen auszuwählen haben und über die Prüfungen abzulegen sind.
9. Lehrveranstaltungsprüfungen sind die Prüfungen, die dem Nachweis der Kenntnisse und Fähigkeiten dienen, die durch eine einzelne Lehrveranstaltung vermittelt wurden.
10. Lehrveranstaltungen mit immanentem Prüfungscharakter sind Lehrveranstaltungsprüfungen, bei denen die Beurteilung nicht auf Grund eines einzigen Prüfungsaktes am Ende der Lehrveranstaltung, sondern auf Grund regelmäßiger schriftlicher oder mündlicher Beiträge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfolgt.
11. Fachprüfungen sind Prüfungen, die dem Nachweis der Kenntnisse und Fähigkeiten in einem Fach dienen.
12. Module sind eine Zusammenfassung thematisch zusammenhängender Lehrveranstaltungen innerhalb eines Curriculums oder im Rahmen eines Angebotes außerhalb der curricularen Lehre. Modulprüfungen sind Prüfungen über ein gesamtes Modul in Form von Lehrveranstaltungsprüfungen über die im Modul enthaltenen Lehrveranstaltungen oder als Prüfung über das gesamte Modul. Nähere Bestimmungen über die Art der Durchführung der Modulprüfung sind in den Curricula festzulegen.
13. Gesamtprüfungen sind die Prüfungen, die dem Nachweis der Kenntnisse und Fähigkeiten in mehr als einem Fach dienen.

14. Einzelprüfungen sind die Prüfungen, die jeweils von einzelnen Prüferinnen bzw. Prüfern abgehalten werden.
15. Kommissionelle Prüfungen sind die Prüfungen, die von Prüfungssenaten abgehalten werden.
16. Mündliche Prüfungen sind die Prüfungen, bei denen die Prüfungsfragen mündlich zu beantworten sind.
17. Schriftliche Prüfungen sind die Prüfungen, bei denen die Prüfungsfragen schriftlich zu beantworten sind.
18. Prüfungsarbeiten sind die praktischen, experimentellen und theoretischen schriftlichen Arbeiten sowie Konstruktionen, die im Rahmen von Prüfungen zu erbringen sind.

Lehrveranstaltungen

§ 4. (1) Die Curricularkommissionen haben in den Curricula den Gegenstand, die Art, den Umfang und allenfalls die Reihenfolge der die Fächer bildenden Lehrveranstaltungen festzulegen.

(2) Die Leiterinnen oder die Leiter einer Lehrveranstaltung sind berechtigt, die Lehrveranstaltungen mit Genehmigung der Dekanin bzw. des Dekans nur während eines Teils des Semesters, aber mit entsprechend erhöhter wöchentlicher Stundenzahl durchzuführen (Blocklehrveranstaltungen). Die Dekanin oder der Dekan ist berechtigt, die Blocklehrveranstaltungen zu genehmigen, wenn wichtige Gründe (z.B. hoher Anteil an Berufstätigen) vorliegen und die erforderlichen Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. In Universitätslehrgängen besteht generell die Möglichkeit, Blocklehrveranstaltungen abzuhalten.

(3) In besonders begründeten Fällen kann auf Antrag der Leiterin bzw. des Leiters einer Lehrveranstaltung von der Dekanin bzw. vom Dekan die Abhaltung eines Teils der Lehrveranstaltung in der lehrveranstaltungsfreien Zeit genehmigt werden, wenn Inhalt, Thema oder Zweck der Lehrveranstaltung dies unbedingt notwendig machen.

Studien in einer Fremdsprache

§ 5. (1) Die Leiterinnen bzw. Leiter der Lehrveranstaltungen sind berechtigt, ihre Lehrveranstaltungen in einer Fremdsprache abzuhalten und zu prüfen, wenn der Gegenstand des Studiums diese Fremdsprache ist.

(2) Die Leiterinnen bzw. Leiter der Lehrveranstaltungen sind berechtigt, ihre Lehrveranstaltungen in einer Fremdsprache abzuhalten und zu prüfen, wenn die Dekanin oder der Dekan zustimmt. Bei diesen Prüfungen hat die Beherrschung des Lehrstoffes und nicht das Niveau der Sprachbeherrschung Maßstab der Beurteilung zu sein.

(3) Im Curriculum kann die Abhaltung von Lehrveranstaltungen zur Gänze oder teilweise in einer Fremdsprache festgelegt werden.

Einrichtung von Studien

§ 6. (1) Die Einrichtung eines neuen Bachelor-, Master-, Diplom- oder Doktoratsstudiums erfolgt durch Beschluss des Rektorats.

(2) Der Senat beauftragt eine fachlich zuständige Curricularkommission mit der Erstellung des Curriculums. Überdies hat die Curricularkommission eine Bedarfsberechnung sowie einen Realisierungs- und Budgetplan zu erstellen. Die Curricularkommission hat den Entwurf des Curriculums für das neu einzurichtende Studium zur Begutachtung im Internet aufzulegen. Die Auflage ist im Mitteilungsblatt der Universität Salzburg bekannt zu machen und den gesetzlichen und freiwilligen Interessenvertretungen wie Wirtschaftskammer und Kammer für Arbeiter und Angestellte, dem Österreichischen Gewerkschaftsbund und der Vereinigung der österreichischen Industrie (jeweils deren Außenstellen in Salzburg) mitzuteilen.

(3) Vor Beschlussfassung des Curriculums hat der Senat die Unterlagen gemäß Abs. 2 dem Rektorat und dem Universitätsrat zur Stellungnahme vorzulegen. Curricula theologischer Studienrichtungen sind auch den zuständigen kirchlichen Stellen zur Stellungnahme zuzuleiten. Darüber hinaus ist den für die Durchführung des Curriculums zuständigen Organen (Dekanin bzw. Dekan, Leiterin bzw. Leiter von interfakultären Fachbereichen) sowie den Organen der gesetzlichen Vertretung der Studierenden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Dasselbe gilt auch im Falle von wesentlichen Änderungen bestehender Curricula.

Auflassung von Studien

§ 7. (1) Die Auflassung eines bestehenden Bachelor-, Master-, Diplom- oder Doktoratsstudiums erfolgt durch einen Beschluss des Rektorats.

(2) Das Rektorat hat vor dem Beschluss Stellungnahmen der zuständigen Curricularkommission sowie des Senates und des Universitätsrates einzuholen. Die Stellungnahmen sind zu behandeln und eine Nichtberücksichtigung ist zu begründen.

(3) Bei der Auflassung eines Studiums sind Übergangsbestimmungen vorzusehen.

Inkrafttreten der Curricula für Diplom-, Bachelor-, Master- und Doktoratsstudien

§ 8. (1) Das Curriculum ist nach der Genehmigung gemäß § 20 Abs. 6 Z 6 UG 2002 im Mitteilungsblatt der Universität Salzburg zu verlautbaren.

(2) Das Curriculum sowie allfällige Änderungen des Curriculums treten mit dem der Kundmachung unmittelbar folgenden 1. Oktober eines Jahres in Kraft, sofern die Kundmachung vor dem 1. Juli desselben Jahres erfolgt; bei der Kundmachung nach dem 1. Juli eines Jahres erfolgt das Inkrafttreten mit dem 1. Oktober des nächstfolgenden Jahres. Sofern das Curriculum keine andere Regelung vorsieht, sind Änderungen ab dem Inkrafttreten auf alle Studierenden anzuwenden. Bereits abgeschlossene Diplomprüfungen sind in diesem Fall nicht zu ergänzen.

(3) Bei interuniversitären Studien kann ein von Abs. 2 abweichender Zeitpunkt für das Inkrafttreten vorgesehen werden.

Beurlaubung

§ 9. (1) Studierende sind gemäß § 67 UG 2002 auf Antrag für höchstens zwei Semester je Anlassfall bescheidmäßig zu beurlauben, wenn folgende Gründe nachgewiesen werden:

1. Ableistung eines Präsenz- oder Zivildienstes,
2. länger dauernde Erkrankung
3. Schwangerschaft oder
4. Betreuung eigener Kinder.

(2) Über die in Abs. 1 angeführten Gründe hinaus kann die Beurlaubung auch aus sonstigen wichtigen, in der Person der bzw. des Studierenden gelegenen Gründen, wie insbesondere soziale und familiäre Gründe, Krankheit, Praxistätigkeit außerhalb einer Pflichtpraxis, erfolgen. Das Vorliegen dieser Gründe ist von der Studierenden bzw. vom Studierenden glaubhaft zu machen.

(3) Der Antrag auf Beurlaubung ist bis längstens zwei Wochen nach Beginn des Semesters, für das die Beurlaubung gelten soll, bei der bzw. dem VLR einzubringen (Datum des Poststempels).

(4) Während der Beurlaubung bleibt die Zulassung zum Studium aufrecht, die Teilnahme an Lehrveranstaltungen, die Ablegung und Anerkennung von Prüfungen sowie die Einreichung und Beurteilung wissenschaftlicher Arbeiten ist unzulässig. Eine Beurlaubung hemmt nicht den Ablauf von Übergangsfristen nach § 124 UG 2002.

Prüfungswesen

Ergänzungsprüfungen

§ 10. (1) Die bzw. der VRL hat fachlich geeignete Prüferinnen oder Prüfer für die Ergänzungsprüfungen heranzuziehen, die Prüfungsmethode zu bestimmen und festzulegen, ob die Prüfung als Einzelprüfung oder als kommissionelle Prüfung abzulegen ist.

(2) Wird zur Vorbereitung auf eine Ergänzungsprüfung ein Universitätslehrgang eingerichtet, gilt dessen positiver Abschluss als Ergänzungsprüfung.

Abschlussprüfungen

§ 11. (1) Die Fächer und die Art der Ablegung der Prüfungen sind im Curriculum festzulegen.

(2) Sind die Abschlussprüfungen als Fach- oder kommissionelle Gesamtprüfungen abzulegen, hat die Dekanin bzw. der Dekan fachlich geeignete Prüferinnen oder Prüfer heranzuziehen.

(3) Studierende von Universitätslehrgängen sind berechtigt, sich zu Abschlussprüfungen anzumelden, wenn sie die in den Curricula festgelegten Voraussetzungen erfüllen.

Bachelor-, Master- und Diplomprüfungen

§ 12. (1) Die Fächer und die Art der Ablegung der Prüfungen sind im Curriculum festzulegen.

(2) Die Dekanin bzw. der Dekan hat zur Abhaltung von Bachelor-, Master- und Diplomprüfungen als Fachprüfungen und kommissionelle Gesamtprüfungen Universitätslehrerinnen und Universitätslehrer mit einer Lehrbefugnis gemäß § 94 Abs. 1 Z 6 und 7 und Abs. 2 UG 2002 jeweils für die Fächer ihrer Lehrbefugnis heranzuziehen.

(3) Die Dekanin bzw. der Dekan ist berechtigt, auch Personen gemäß § 94 Abs. 1 Z 8 UG 2002 oder Personen mit einer Lehrbefugnis an einer anerkannten ausländischen Universität oder an einer anerkannten inländischen oder ausländischen den Universitäten gleichrangigen Einrichtung zur Abhaltung von Bachelor-, Master- und Diplomprüfungen heranzuziehen, wenn deren Lehrbefugnis einer Lehrbefugnis gemäß Abs. 2 gleichwertig ist.

(4) Bei Bedarf ist die Dekanin bzw. der Dekan überdies berechtigt, geeignete wissenschaftliche Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter im Forschungs- und Lehrbetrieb und sonstige beruflich oder außerberuflich qualifizierte Fachleute als Prüferinnen bzw. Prüfer heranzuziehen. Der Bedarf ist von der Leiterin bzw. vom Leiter des Fachbereiches zu bestätigen.

Rigorosum

§ 13. (1) Das Rigorosum dient der Verteidigung der Dissertation und dem Nachweis der Vertrautheit mit den Fachgebieten. Art und Inhalt der Prüfung sind im Curriculum festzulegen.

(2) Die Dekanin bzw. der Dekan hat zur Abhaltung von Rigorosen als Fachprüfungen und kommissionelle Gesamtprüfungen Universitätslehrerinnen und Universitätslehrer mit einer Lehrbefugnis gemäß § 94 Abs. 1 Z 6 und 7 und Abs. 2 UG 2002 jeweils für die Fächer ihrer Lehrbefugnis heranzuziehen.

(3) Die Dekanin bzw. der Dekan ist berechtigt, auch Personen gemäß § 94 Abs. 1 Z 8 UG 2002 und Personen mit einer Lehrbefugnis an einer anerkannten ausländischen Universität oder an einer anerkannten inländischen oder ausländischen den Universitäten gleichrangigen Einrichtung zur Abhaltung von Rigorosen heranzuziehen, wenn deren Lehrbefugnis einer Lehrbefugnis gemäß Abs. 2 gleichwertig ist.

Lehrveranstaltungsprüfungen

§ 14. (1) In Lehrveranstaltungen mit immanentem Prüfungscharakter erfolgt die Beurteilung nicht auf Grund eines einzigen Prüfungsaktes am Ende der Lehrveranstaltung, sondern aufgrund regelmäßiger schriftlicher oder mündlicher Beiträge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Art und Ausmaß der zu erbringenden Beiträge werden von der Leiterin oder vom Leiter der Lehrveranstaltung festgelegt. Bei negativer Beurteilung der Lehrveranstaltung ist die gesamte Lehrveranstaltung zu wiederholen.

(2) Bei Lehrveranstaltungen mit nicht-immanentem Prüfungscharakter (zB Vorlesungen) erfolgt die Beurteilung aufgrund einer schriftlichen oder mündlichen Prüfung am Ende der Lehrveranstaltung. Diese Prüfungen sind von der Leiterin oder vom Leiter der Lehrveranstaltung abzuhalten und nach Möglichkeit bis zu Beginn des darauf folgenden Semesters durchzuführen. Bei Bedarf hat die Dekanin bzw. der Dekan andere fachlich geeignete Prüferinnen oder Prüfer heranzuziehen.

(3) Lehrveranstaltungsprüfungen dürfen den Inhalt der Lehrveranstaltung nicht übersteigen.

Prüfungstermine

§ 15. (1) Prüfungstermine für sämtliche Arten von Prüfungen mit Ausnahme der Lehrveranstaltungsprüfungen (§ 14) hat die Dekanin bzw. der Dekan so festzusetzen, dass den Studierenden die Einhaltung der in den Curricula für jeden Studienabschnitt festgelegten Studiendauer ermöglicht wird.

(2) Jedenfalls sind Prüfungstermine für den Anfang, für die Mitte und für das Ende jedes Semesters anzusetzen (§ 59 Abs. 3 UG 2002). Zusätzliche Prüfungen dürfen auch in der lehrveranstaltungsfreien Zeit abgehalten werden.

(3) Die Prüfungstermine sind in geeigneter Weise bekannt zu machen.

(4) Für die Anmeldung zu den Prüfungen hat die Dekanin bzw. der Dekan eine Frist von mindestens einer Woche festzusetzen.

(5) Nach Maßgabe der Prüfungshäufigkeit ist die Dekanin bzw. der Dekan berechtigt, persönliche Terminvereinbarungen zwischen den Studierenden und den Prüferinnen und Prüfern zuzulassen.

Anmeldung zu Fachprüfungen und kommissionellen Gesamtprüfungen

§ 16. (1) Soweit das Curriculum die Ablegung von Fachprüfungen oder von kommissionellen Gesamtprüfungen vorschreibt, sind die Studierenden berechtigt, sich bei der Dekanin bzw. beim Dekan innerhalb der festgesetzten Anmeldefrist zu einer Prüfung anzumelden. Die Dekanin bzw. der Dekan hat der Anmeldung zu entsprechen, wenn die Studierende bzw. der Studierende die Erfüllung der im Curriculum festgesetzten Anmeldungsvoraussetzungen nachgewiesen hat. Wenn die Überprüfung der Anmeldungsvoraussetzung sichergestellt werden kann, ist die Dekanin bzw. der Dekan berechtigt, die Anmeldung für Fachprüfungen bei den Prüferinnen oder Prüfern vorzusehen.

(2) Die Studierenden sind berechtigt, im Zuge der Anmeldung Anträge gemäß § 59 Abs. 1 Z 12 und 13 UG 2002 zu stellen.

(3) Wenn der Anmeldung, dem Antrag auf eine bestimmte Prüferin oder einen bestimmten Prüfer bei der zweiten Wiederholung, dem Antrag auf abweichende Prüfungsmethode oder dem Antrag auf die kommissionelle Abhaltung ab der zweiten Wiederholung nicht entsprochen wird, hat die bzw. der VRL dies mit Bescheid zu verfügen, wenn die oder der Studierende schriftlich einen begründeten Antrag auf Ausstellung eines Bescheides stellt.

(4) Die Einteilung der Prüferinnen und Prüfer sowie der Prüfungstag ist den Studierenden spätestens zwei Wochen vor Abhaltung der Prüfung in geeigneter Weise bekannt zu machen. Die Vertretung einer verhinderten Prüferin oder eines verhinderten Prüfers ist zulässig.

Anmeldung zu Lehrveranstaltungsprüfungen

§ 17. (1) Die Studierenden sind berechtigt, sich zu den Lehrveranstaltungsprüfungen innerhalb der festgesetzten Anmeldefrist bei der Leiterin oder dem Leiter der Lehrveranstaltung anzumelden. Der Anmeldung ist zu entsprechen, wenn die Studierenden die im Curriculum festgesetzten Anmeldungsvoraussetzungen und die Meldung der Fortsetzung des Studiums für das betreffende Semester nachgewiesen haben.

(2) Die Studierenden sind berechtigt, im Zuge der Anmeldung Anträge gemäß § 59 Abs. 1 Z 12 UG 2002 zu stellen.

(3) Wenn der Anmeldung und dem Antrag auf abweichende Prüfungsmethode oder dem Antrag auf die kommissionelle Abhaltung ab der zweiten Wiederholung nicht entsprochen wird, hat die bzw. der VRL dies nach Anhörung der Leiterin bzw. des Leiters der Lehrveranstaltung mit Bescheid zu verfügen, wenn die bzw. der Studierende schriftlich einen begründeten Antrag auf Ausstellung eines Bescheides stellt.

Prüfungssenate

§ 18. (1) Für die kommissionellen Prüfungen hat die Dekanin bzw. der Dekan Prüfungssenate zu bilden.

(2) Einem Senat haben wenigstens drei Personen anzugehören. Für jedes Prüfungsfach oder dessen Teilgebiet ist eine Prüferin oder ein Prüfer einzuteilen. Bei kommissionellen Prüfungen über Lehrveranstaltungen haben alle Mitglieder des Prüfungssenates über die entsprechende Lehrbefugnis zu verfügen. Wenn das nicht möglich ist, können auch geeignete wissenschaftliche Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter im Forschungs- und Lehrbetrieb als Prüferinnen oder Prüfer herangezogen werden. Ein Mitglied ist zur Vorsitzenden oder zum Vorsitzenden des Prüfungssenates zu bestellen. Die Mitglieder des Prüfungssenates haben während der gesamten Prüfung anwesend zu sein.

(3) Die Beratung und Abstimmung über das Ergebnis einer Prüfung vor einem Prüfungssenat, bei mehreren Prüfungsfächern hinsichtlich jedes Faches, hat in nichtöffentlicher Sitzung des Prüfungssenates nach einer Aussprache zwischen den Mitgliedern zu erfolgen. Die Beschlüsse des Prüfungssenates werden mit Stimmenmehrheit gefasst, die bzw. der Vorsitzende übt das Stimmrecht wie die übrigen Mitglieder des Senates aus, hat aber zuletzt abzustimmen. Jedes Mitglied

hat bei der Abstimmung über das Ergebnis in den einzelnen Fächern auch den Gesamteindruck der Prüfung zu berücksichtigen.

(4) Gelangt der Prüfungssenat zu keinem Beschluss über die Beurteilung eines Faches, sind die von den Mitgliedern vorgeschlagenen Beurteilungen zu addieren, das Ergebnis der Addition durch die Zahl der Mitglieder zu dividieren und das Ergebnis auf eine ganzzahlige Beurteilung zu runden. Dabei ist ein Ergebnis, das größer als .5 ist, aufzurunden.

Durchführung der Prüfungen

§ 19. (1) Bei der Prüfung ist den Studierenden Gelegenheit zu geben, den Stand der erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten nachzuweisen.

(2) Im Curriculum ist festzulegen, ob die Abschlussprüfung, die Bachelor-, Master- oder Diplomprüfung oder das Rigorosum in der Form von Lehrveranstaltungsprüfungen, Fachprüfungen oder kommissionellen Gesamprüfungen abzulegen ist.

(3) Besteht eine Fachprüfung aus mehreren Prüfungsteilen, die Lehrveranstaltungen entsprechen, so ist die Fachnote zu ermitteln, indem

1. die Note jedes dem Fach zugehörigen Prüfungsteiles mit der der Lehrveranstaltung entsprechenden Zahl der ECTS-Punkte multipliziert wird,
2. die gemäß Z 1 errechneten Werte addiert werden,
3. das Ergebnis der Addition durch die Summe der ECTS-Punkte der Lehrveranstaltungen dividiert wird und
4. das Ergebnis der Division erforderlichenfalls auf eine ganzzahlige Note gerundet wird, wobei bei einem Ergebnis, das größer als .5 ist, aufzurunden ist.

(4) Wenn Studierende die Prüfung ohne wichtigen Grund abbrechen, ist die Prüfung negativ zu bewerten.

(5) Bei Lehrveranstaltungen mit immanentem Prüfungscharakter hat die verbindliche Anmeldung bis zum zweiten Lehrveranstaltungstermin zu erfolgen. Ab dem dritten Lehrveranstaltungstermin gilt das Fernbleiben ohne wichtigen Grund als Prüfungsabbruch.

(6) Ob ein wichtiger Grund vorliegt, hat die oder der VRL auf Antrag der bzw. des Studierenden mit Bescheid festzustellen. Der Antrag ist innerhalb von vier Wochen nach dem Abbruch der Prüfung einzubringen.

(7) Prüfungen dürfen bei sonstiger Nichtigkeit nur innerhalb des Wirkungsbereiches einer Fortsetzungsmeldung abgelegt werden (§ 74 Abs. 4 UG 2002).

Prüfungsevidenz

§ 20. (1) Die Prüferin bzw. der Prüfer oder die bzw. der Vorsitzende des Prüfungssenates hat das Prüfungsprotokoll zu führen. Das Prüfungsprotokoll hat jedenfalls zu enthalten:

1. Studienkennzahl gemäß § 5 der Universitäts-Studienevidenzverordnung 2004;
2. Prüfungsgegenstand;
3. Ort und Zeit der Prüfung;
4. die Namen der Prüferin bzw. des Prüfers oder die Namen der Mitglieder des Prüfungssenates;
5. Vor- und Familienname(n) und die Matrikelnummer der oder des Studierenden;
6. die gestellten Fragen;
7. die erteilten Beurteilungen;
8. die Gründe für die negative Beurteilung;
9. Hinweise auf allfällige besondere Vorkommnisse.

Die Namen der Studierenden, die Matrikelnummer und die Studienkennzahl haben erforderlichenfalls die Studierenden vor der Prüfung einzutragen.

(2) Die für die Ausstellung von Zeugnissen erforderlichen Daten des Prüfungsprotokolls sind unverzüglich der Studienadministration zu übermitteln.

(3) Zeugnisse sind unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von 4 Wochen ab der Erbringung der Leistung mittels automationsgestützter Datenverarbeitung von der Studienadministration auszustellen. Zeugnisse gelten als ausgestellt, sobald sie von der Studienadministration zum Ausdruck zur Verfügung gestellt sind. Die Ausdrucke müssen jedenfalls die gesetzlich geforderten Angaben enthalten (§ 75 Abs. 2 UG 2002). Sie gelten als authentischer Nachweis über die Able-

gung der Prüfung und sind auf Verlangen von der Universität Salzburg zu beglaubigen. Studienabschließende Zeugnisse sind auf jeden Fall zu beglaubigen (§ 75 Abs. 5 UG 2002).

(4) Benötigt die oder der Studierende unmittelbar nach Ablegung einer Prüfung einen Nachweis, so hat sie oder er das entsprechende Zeugnisformular auszufüllen. Dieses provisorische Zeugnis ist mit dem Vermerk „Gilt nur vier Wochen ab Prüfungsdatum“ zu versehen und nach Unterfertigung durch die Prüferin oder den Prüfer der bzw. dem Studierenden sofort auszufertigen.

Wiederholung von Prüfungen

§ 21. (1) Die Studierenden sind berechtigt, negativ beurteilte Prüfungen dreimal zu wiederholen. In Ausnahmefällen kann eine weitere Wiederholung aus einem besonders triftigen Grund und bei Vorliegen eines bisher günstigen Studienerfolges von der bzw. vom VRL bewilligt werden.

(2) Ab der dritten Wiederholung einer Prüfung ist diese kommissionell abzuhalten, wenn die Prüfung in Form eines einzigen Prüfungsvorganges durchgeführt wird. Auf Antrag der Studierenden bzw. des Studierenden gilt dies auch für die zweite Wiederholung.

(3) Kommissionelle Gesamtprüfungen müssen zur Gänze wiederholt werden, wenn mehr als ein Fach negativ beurteilt wurde. Sonst beschränkt sich die Wiederholung auf das negativ beurteilte Fach.

(4) Lehrveranstaltungen mit immanentem Prüfungscharakter unterliegen den Wiederholungsmöglichkeiten gemäß Abs. 1.

(5) Bei interuniversitären Studien richtet sich die Anzahl der Prüfungswiederholungen nach der für die Studierende bzw. den Studierenden in den Satzungen der beteiligten Universitäten jeweils günstigeren Regelung.

Bachelorarbeiten

§ 22. (1) Im Bachelorstudium sind im Rahmen von Lehrveranstaltungen, die von Personen durchgeführt werden, die zumindest promoviert sind, maximal zwei Bachelorarbeiten abzufassen. Die genaue Festlegung der Zahl hat im Curriculum zu erfolgen.

(2) In den Curricula sind jene Lehrveranstaltungen bzw. eine Auswahl von Lehrveranstaltungen festzulegen, in denen eine Bachelorarbeit zu verfassen ist. Die Bachelorarbeit ist von der Leiterin bzw. dem Leiter der Lehrveranstaltung gemeinsam mit der Lehrveranstaltung in einer Note zu beurteilen.

(3) Das Thema der Bachelorarbeit wird von der Leiterin bzw. dem Leiter der Lehrveranstaltung zugeteilt oder kann von der bzw. dem Studierenden aus einer Liste von Vorschlägen ausgewählt werden. Die Aufgabenstellung ist so zu wählen, dass eine Bearbeitung bis zum Ende der Lehrveranstaltung möglich ist.

(4) Die gemeinsame Bearbeitung eines Themas durch mehrere Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer der Lehrveranstaltung ist zulässig, wenn die Leistungen der einzelnen Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer gesondert beurteilbar bleiben.

Diplom- und Masterarbeiten

§ 23. (1) Im Diplom- oder Masterstudium ist eine Diplom- oder Masterarbeit abzufassen. In besonders berufsorientierten Studienrichtungen ist es zulässig, im Curriculum anstelle der Diplom- oder Masterarbeit einen anderen gleichwertigen Nachweis vorzusehen. Die Abfassung als Klausurarbeit ist unzulässig.

(2) Das Thema der Diplom- oder Masterarbeit ist einem der im Curriculum festgelegten Prüfungsfächer zu entnehmen; nähere Bestimmungen über das Thema der Diplom- oder Masterarbeit sind im jeweiligen Curriculum festzulegen. Die oder der Studierende ist berechtigt, das Thema vorzuschlagen oder das Thema aus einer Anzahl von Vorschlägen der zur Verfügung stehenden Betreuerinnen und Betreuer auszuwählen. Die Aufgabenstellung der Diplom- oder Masterarbeit ist so zu wählen, dass für eine Studierende oder einen Studierenden die Bearbeitung innerhalb von sechs Monaten möglich und zumutbar ist. Die gemeinsame Bearbeitung eines Themas durch mehrere Studierende ist zulässig, wenn die Leistungen der einzelnen Studierenden gesondert beurteilbar bleiben. Erfordert die Bearbeitung eines Themas die Verwendung von Geld- oder Sachmitteln der Universität Salzburg, so ist dafür die Zustimmung der Leiterin oder des Leiters der zuständigen Organisationseinheit erforderlich.

(3) Bei der Bearbeitung des Themas und der Betreuung der Studierenden sind die Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes, BGBl. Nr. 111/1936, zu beachten.

(4) Universitätslehrerinnen und Universitätslehrer an der Universität Salzburg mit einer Lehrbefugnis gemäß § 94 Abs. 1 Z 6 und 7 und Abs. 2 UG 2002 sind berechtigt, aus dem Fach ihrer Lehrbefugnis Diplom- oder Masterarbeiten zu betreuen und zu beurteilen. Bei Bedarf ist die Dekanin bzw. der Dekan überdies berechtigt, geeignete Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter der Universität Salzburg im Forschungs- und Lehrbetrieb mit der Betreuung und Beurteilung von Diplom- oder Masterarbeiten aus dem Fach ihrer Dissertation oder ihres nach der Verleihung des Doktorgrades bearbeiteten Forschungsgebietes zu betrauen. Die oder der Studierende ist berechtigt, eine Betreuerin oder einen Betreuer nach Maßgabe der Möglichkeiten auszuwählen.

(5) Die Dekanin bzw. der Dekan ist berechtigt, auch Personen gemäß § 94 Abs. 1 Z 8 UG 2002 und Personen mit einer Lehrbefugnis an einer anderen inländischen Universität, an einer akkreditierten Privatuniversität oder an einer anerkannten ausländischen Universität oder Hochschule zur Betreuung und Beurteilung von Diplom- oder Masterarbeiten heranzuziehen, wenn deren Lehrbefugnis einer Lehrbefugnis gemäß Abs. 4 gleichwertig ist.

(6) Die oder der Studierende hat das Thema und die Betreuerin oder den Betreuer der Diplom- oder Masterarbeit bei der Dekanin bzw. beim Dekan vor Beginn der Bearbeitung schriftlich bekannt zu geben. Bis zur Einreichung der Diplom- oder Masterarbeit (Abs. 7) ist ein Wechsel der Betreuerin oder des Betreuers zulässig. Das Thema und die Betreuerin oder der Betreuer gelten als angenommen, wenn die Dekanin oder der Dekan diese innerhalb eines Monats nach Einlangen der Bekanntgabe nicht untersagt.

(7) Die abgeschlossene Diplom- oder Masterarbeit ist bei der Dekanin bzw. beim Dekan zur Beurteilung einzureichen. Die Betreuerin oder der Betreuer hat die Diplom- oder Masterarbeit innerhalb von zwei Monaten ab der Einreichung zu beurteilen. Wird die Diplom- oder Masterarbeit nicht fristgerecht beurteilt, hat die Dekanin bzw. der Dekan die Diplom- oder Masterarbeit auf Antrag der oder des Studierenden einer anderen Universitätslehrerin oder einem anderen Universitätslehrer jeweils gemäß Abs. 4 oder 5 zur Beurteilung zuzuweisen.

(8) In Fällen besonderen Betreuungsbedarfs, vor allem bei der Durchführung von Arbeiten im Rahmen der Diplom- oder Masterarbeit an anderen Fakultäten, an anderen Universitäten oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen, kann die Dekanin bzw. der Dekan eine zusätzliche Betreuerin bzw. einen zusätzlichen Betreuer an der betreffenden Fakultät, Universität oder außeruniversitären Forschungseinrichtung festlegen. Vor der Bestellung ist die Erstbetreuerin bzw. der Erstbetreuer zu hören. Beide Betreuerinnen bzw. Betreuer haben die Arbeit zu beurteilen. Beurteilt einer der Betreuerinnen bzw. Betreuer die Arbeit negativ, ist nach den Bestimmungen von § 24 Abs. 8 und 9 vorzugehen.

(9) Die Absolventin oder der Absolvent wird aufgefordert, die positive Diplom- oder Masterarbeit auch durch Übergabe eines Exemplars an die Österreichische Nationalbibliothek zu veröffentlichen.

Dissertationen

§ 24. (1) Im Doktoratsstudium ist eine Dissertation abzufassen. Das Thema der Dissertation ist einem der im Curriculum der absolvierten Studienrichtung festgelegten Prüfungsfächer zu entnehmen oder hat in einem sinnvollen Zusammenhang mit einem dieser Fächer zu stehen. Nähere Bestimmungen über das Thema der Dissertation sind im jeweiligen Curriculum festzulegen. Die gemeinsame Bearbeitung eines Themas durch mehrere Studierende ist zulässig, wenn die Leistungen der einzelnen Studierenden gesondert beurteilbar bleiben. Erfordert die Bearbeitung eines Themas die Verwendung von Geld- oder Sachmitteln der Universität Salzburg, so ist dafür die Zustimmung der Leiterin oder des Leiters der zuständigen Organisationseinheit erforderlich.

(2) Der Dekanin bzw. dem Dekan obliegt als Vertreterin bzw. Vertreter der Studienbehörde die Entscheidung über die Zulassung einer Dissertation, über die Auswahl der Betreuerinnen und Betreuer, über die Auswahl der Gutachterinnen und Gutachter sowie die Auswahl der Prüferinnen und Prüfer für die Prüfungskommission. Dabei kann sich die Dekanin bzw. der Dekan von einer Promotionskommission beraten lassen, der außer der Dekanin bzw. dem Dekan jedenfalls die bzw. der Vorsitzende der Curricularkommission Doktoratsstudium und zwei Studierende im Doktoratsstudium angehören. Die Mitglieder der Promotionskommission werden mit Ausnahme der Stu-

dierenden von der Dekanin bzw. vom Dekan bestellt. Die studentischen Mitglieder werden vom zuständigen Organ der gesetzlichen Vertretung der Studierenden entsandt.

(3) Bei der Bearbeitung des Themas und der Betreuung der Studierenden sind die Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes zu beachten.

(4) Die oder der Studierende ist berechtigt, ein Dissertationsthema vorzuschlagen, über dessen Eignung die Dekanin bzw. der Dekan, allenfalls nach Befassung der Promotionskommission, entscheidet. Gleichzeitig sind von der bzw. dem Studierenden zwei Betreuerinnen bzw. Betreuer vorzuschlagen. Der Vorschlag eines Dissertationsthemas hat ein Arbeitsvorhaben (Disposition) zu enthalten, zu dem von der Dekanin bzw. dem Dekan Stellungnahmen von den vorgeschlagenen Betreuerinnen bzw. Betreuern einzuholen sind. Falls das vorgeschlagene Thema als geeignet befunden wird, ist von der Dekanin bzw. dem Dekan, allenfalls nach Anhörung der Promotionskommission, eine Betreuergruppe einzusetzen, die aus einer Hauptbetreuerin bzw. einem Hauptbetreuer und mindestens einer Nebenbetreuerin bzw. einem Nebenbetreuer besteht. Die Hauptbetreuerin bzw. der Hauptbetreuer hat die Leitungsfunktion der Betreuergruppe. Im Falle der Ablehnung des Dissertationsvorschlags durch die Dekanin bzw. den Dekan kann die Dissertationswerberin bzw. der Dissertationswerber darüber eine Entscheidung der Studienbehörde herbeiführen.

(5) Als Betreuerinnen oder Betreuer sind Universitätslehrerinnen und Universitätslehrer der Universität Salzburg mit einer Lehrbefugnis gemäß § 94 Abs. 1 Z 6 und Abs. 2 UG 2002 heranzuziehen. Im Bedarfsfall können auch Personen gemäß § 94 Abs. 1 Z 7 und Z 8 UG sowie Personen mit einer Lehrbefugnis an einer anderen inländischen Universität, an einer akkreditierten Privatuniversität oder an einer anerkannten ausländischen Universität oder Hochschule mit gleichwertiger Lehrbefugnis oder Personen gemäß § 94 Abs. 1 Z 4 UG 2002 mit Promotion herangezogen werden. Personen, die im Bedarfsfall herangezogen werden, können keine Hauptbetreuerinnen bzw. Hauptbetreuer sein. Bis zur Einreichung der Dissertation ist ein Wechsel der Betreuerin oder des Betreuers zulässig.

(6) Der Dissertationsantrag gilt als angenommen, wenn er nicht innerhalb von 4 Wochen von der Dekanin bzw. dem Dekan abgewiesen wird.

(7) Die abgeschlossene Dissertation ist bei der Dekanin bzw. beim Dekan einzureichen. Die Dissertation ist von der Hauptbetreuerin bzw. dem Hauptbetreuer und mindestens einer bzw. einem von der Dekanin bzw. dem Dekan bestimmten Gutachterin oder Gutachter innerhalb einer Frist von höchstens zwei Monaten zu beurteilen. Diese Frist kann von der Dekanin bzw. dem Dekan aus wichtigen Gründen verlängert werden. Als Gutachterinnen bzw. Gutachter sind habilitierte Personen gemäß § 94 Abs. 1 Z 6, Z 7, Z 8 und Abs. 2 UG 2002 einer inländischen Universität oder Personen an einer akkreditierten Privatuniversität oder an einer anerkannten ausländischen Universität oder Hochschule mit gleichwertiger Lehrbefugnis geeignet. Die Beiziehung einer externen Gutachterin bzw. eines externen Gutachters wird empfohlen.

(8) Beurteilt im Fall, dass nur zwei Beurteilerinnen bzw. Beurteiler bestellt worden sind, eine bzw. einer der Beurteilerinnen oder Beurteiler die Dissertation negativ, hat die Dekanin bzw. der Dekan eine weitere Beurteilerin oder einen weiteren Beurteiler heranzuziehen, die oder der zumindest einem nahe verwandten Fach angehören muss. Diese oder dieser hat die Dissertation innerhalb von zwei Monaten zu beurteilen. Diese Frist kann von der Dekanin oder vom Dekan aus wichtigen Gründen verlängert werden.

(9) Gelangen die Beurteilerinnen oder Beurteiler zu keinem Beschluss über die Beurteilung, sind die vorgeschlagenen Beurteilungen zu addieren, das Ergebnis der Addition durch die Anzahl der Beurteilerinnen oder Beurteiler zu dividieren und das Ergebnis auf eine ganzzahlige Beurteilung zu runden. Dabei ist bei einem Ergebnis, das größer als .5 ist, aufzurunden. Erfolgt im Fall des Abs. 8 eine weitere negative Beurteilung, so ist die Dissertation jedenfalls negativ zu beurteilen. Falls von vornherein mehr als zwei Beurteilerinnen bzw. Beurteiler eingesetzt sind, gilt eine Dissertation jedenfalls dann als abgelehnt, wenn mindestens die Hälfte der Beurteilungen negativ ist.

§ 25. Schriftliche Abschlussarbeiten (Dissertationen, Diplomarbeiten, Masterarbeiten, Bachelorarbeiten) sind außer in schriftlicher Fassung auch auf CD-ROM abzugeben. Genauere Bestim-

mungen dazu sind von der Studienbehörde unter Bedachtnahme auf die technische Entwicklung gemäß § 2 Abs. 2 lit. p dieses Satzungsteils zu erlassen.

Nostrifizierung

§ 26. (1) Der Antrag auf Nostrifizierung ist an die oder den VRL zu richten und hat den Nachweis zu enthalten, dass die Nostrifizierung zwingend für die Berufsausübung oder die Fortsetzung der Ausbildung der Antragstellerin bzw. des Antragstellers in Österreich erforderlich ist. Im Antrag ist das dem absolvierten ausländischen Studium vergleichbare inländische Studium und der angestrebte inländische akademische Grad zu bezeichnen. Außerdem hat die Antragstellerin bzw. der Antragsteller zu erklären, dass der Nostrifizierungsantrag nicht gleichzeitig an einer anderen Universität eingebracht wurde.

(2) Mit dem Antrag sind überdies folgende Nachweise vorzulegen:

1. Reisepass,
2. Nachweis der einer anerkannten inländischen postsekundären Bildungseinrichtung vergleichbaren Qualität der anerkannten ausländischen postsekundären Bildungseinrichtung, wenn dies für die bzw. den VRL nicht außer Zweifel steht,
3. Nachweis über die an der anerkannten ausländischen postsekundären Bildungseinrichtung zurückgelegten Studien, wenn diese der bzw. dem VRL nicht ohnehin bekannt sind,
4. diejenige Urkunde, die als Nachweis der Verleihung des akademischen Grades, wenn jedoch ein solcher nicht zu verleihen war, als Nachweis des ordnungsgemäßen Abschlusses des Studiums ausgestellt wurde.

(3) Von fremdsprachigen Urkunden hat die Antragstellerin bzw. der Antragsteller autorisierte Übersetzungen vorzulegen.

(4) Die oder der VRL ist berechtigt, die Verpflichtung zur Vorlage einzelner Unterlagen nachzusehen, wenn glaubhaft gemacht wird, dass deren Beibringung innerhalb einer angemessenen Frist unmöglich oder mit übergroßen Schwierigkeiten verbunden ist, und die vorgelegten Unterlagen für eine Entscheidung ausreichen.

§ 27. (1) Die oder der VRL hat unter Berücksichtigung des zum Zeitpunkt des Antrages geltenden Curriculums zu prüfen, ob das ausländische Studium so aufgebaut war, dass es mit dem im Antrag genannten inländischen Studium in Bezug auf das Ergebnis der Gesamtausbildung gleichwertig ist. Als Beweismittel ist auch ein Stichprobentest zulässig, um nähere Kenntnisse über die Inhalte des ausländischen Studiums zu erzielen.

(2) Wenn die Gleichwertigkeit grundsätzlich gegeben ist und nur einzelne Ergänzungen auf die volle Gleichwertigkeit fehlen, hat die bzw. der VRL die Antragstellerin bzw. den Antragsteller mit Bescheid als außerordentliche Studierende bzw. als außerordentlichen Studierenden zum Studium zuzulassen und die Ablegung von Prüfungen und die Anfertigung einer wissenschaftlichen Arbeit zur Herstellung der Gleichwertigkeit innerhalb einer angemessenen, im Bescheid festzulegenden Frist aufzutragen. Die einzelnen Ergänzungen dürfen nicht mehr als ca. 25% des entsprechenden österreichischen Studiums ausmachen. Andernfalls ist der Nostrifizierungsantrag abzuweisen.

Curricula für Universitätslehrgänge

§ 28. (1) Das Rektorat ist berechtigt, Universitätslehrgänge sowohl im Wirkungsbereich einer Fakultät als auch im Wirkungsbereich der Gesamtuniversität durch Beschluss einzurichten, wenn sie den wissenschaftlichen und organisatorischen Standards der Universität genügen, wenn der Betrieb der ordentlichen Studien nicht beeinträchtigt wird und wenn der Bedarf nachgewiesen wird und die finanzielle Bedeckbarkeit der Universitätslehrgänge gewährleistet ist. Universitätslehrgänge können auch während der sonst lehrveranstaltungsfreien Zeit durchgeführt werden. Zur wirtschaftlichen und organisatorischen Unterstützung kann eine Zusammenarbeit mit anderen Rechtsträgern vereinbart werden. Diese Vereinbarungen mit anderen Rechtsträgern sind vom Rektorat abzuschließen. Bei Universitätslehrgängen im Wirkungsbereich einer Fakultät ist die Dekanin oder der Dekan über den Vertragsabschluss zu informieren.

(2) Der Senat hat ein Curriculum zu erlassen. Das Curriculum ist von einer fach einschlägigen Curricular Kommission zu erstellen. Ebenso sind die in Abs. 1 angeführten Nachweise und Nachweise über den eventuell zu verleihenden international vergleichbaren Mastergrad von der Curricu-

larkommission zu erarbeiten. Im Curriculum kann vorgesehen werden, dass die Anerkennung von Prüfungen, die an einer anerkannten postsekundären Bildungseinrichtung erfolgreich abgelegt wurden, durch die Lehrgangsbefugte erfolgt. Weiters kann vorgesehen werden, dass die Lehrgangsbefugte befugt ist, die Prüferinnen oder Prüfer für die Abschlussprüfung zu bestellen. Sollten im Curriculum keine entsprechenden Regelungen getroffen sein, stehen diese Kompetenzen bei Universitätslehrgängen im Wirkungsbereich der Fakultät der Dekanin bzw. dem Dekan, bei Universitätslehrgängen im Wirkungsbereich der Gesamtuniversität der Vizerektorin bzw. dem Vizerektor für Lehre zu.

(3) Vor Erlassung des Curriculums ist eine Stellungnahme des Universitätsrates und des Rektorates unter Vorlage des Curriculums sowie der angeführten Nachweise einzuholen. Die Stellungnahmen sind zu behandeln und eine Nichtberücksichtigung ist zu begründen.

(4) Die Auflassung eines bestehenden Universitätslehrganges erfolgt durch einen Beschluss des Rektorates. Das Rektorat hat vor dem Beschluss Stellungnahmen des Senates und des Universitätsrates einzuholen. Die Stellungnahmen sind zu behandeln und eine Nichtberücksichtigung ist zu begründen. Bei der Auflassung eines Lehrganges sind Übergangsbestimmungen vorzusehen.

§ 29. (1) Das Curriculum gemäß § 28 ist im Mitteilungsblatt der Universität Salzburg gemäß § 20 Abs. 6 Z 6 UG 2002 zu verlautbaren.

(2) Das Curriculum gemäß Abs. 1 tritt mit dem ersten Tag des Monats in Kraft, der auf die Kundmachung folgt.

§ 30. Aufgehoben

Inkrafttreten

§ 31. Die Änderungen dieses Satzungsteiles treten am Tag nach der Verlautbarung im Mitteilungsblatt in Kraft.

Impressum

Herausgeber und Verleger:
Rektor der Paris Lodron-Universität Salzburg
O.Univ.-Prof. Dr. Heinrich Schmidinger
Redaktion: Johann Leitner
alle: Kapitelgasse 4-6
A-5020 Salzburg